

Interpellation Die Mitte-EVP-Fraktion:**«Kostendeckende Finanzierung von Kinderspitälern – was ist aus der St.Galler Standesinitiative geworden?»**

Mit seinem Standesbegehren für eine «Kostendeckende Finanzierung der Kinderspitäler und Kinderkliniken» brachte der Kantonsrat St.Gallen im April 2018 einen Ball ins Rollen, um eine nachhaltige Lösung gegen die strukturelle Unterfinanzierung in der spezialisierten Kinder- und Jugendmedizin zu erzielen, von der auch das Ostschweizer Kinderspital (OKS) betroffen ist. Auslöser für die Unterfinanzierung war insbesondere der hoheitliche Eingriff des Bundesrates in den ambulanten Tarif TARMED per Anfang 2018, dem zweiten TARMED-Eingriff nach 2014. Beide Eingriffe verschärften die finanzielle Situation der Kinderspitäler bzw. Kinderkliniken der höchsten Versorgungsstufe in der Schweiz in der Art, dass die Allianz Kinderspitäler der Schweiz (AllKidS) anfang, das Anliegen an die Öffentlichkeit zu tragen und auf die politische Agenda zu setzen. Zu AllKidS gehören neben dem OKS die beiden anderen eigenständigen Kinderspitäler, das UKBB in Basel und das Universitäts-Kinderspital Zürich; die Kinderkliniken der Universitätsspitäler Bern, Genf und Lausanne, die zusammen mit den AllKidS-Spitälern das Rückgrat der spezialisierten Kinder- und Jugendmedizin in der Schweiz bilden, sind gleichermaßen betroffen und unterstützen die Arbeit von AllKidS.

Auf der Grundlage der Vorarbeit in St.Gallen deponierten im Jahr 2018 auch die Kantone Thurgau, Basel-Stadt und Basel-Land gleichgelagerte Standesbegehren im Bundeshaus. Der Kanton Thurgau gehört wie St.Gallen, die Kantone Appenzell Innerrhoden und Appenzell Auser rhoden und das Fürstentum Liechtenstein zu den Trägern des OKS. Die Kantone Basel-Land und Basel-Stadt wiederum sind die Träger des Universitätskinderspitals beider Basel. Am 12. August 2019 hörte die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Ständerates (SGK-S) eine Delegation mit Vertretern der vier Kantone an.

Die Delegation konnte die Problematik in der SGK-S anschaulich aufzeigen. Unter dem Titel «Tarife in der Kindermedizin sollen angepasst werden» hielt die SGK-S in ihrer Medienmitteilung vom 14. August 2019 fest, «dass die Tarife die Eigenheiten der Kindermedizin oft ungenügend berücksichtigen und so eine Unterfinanzierung der Kinderspitäler entstehen kann». Die Kommission beschloss einstimmig, das Anliegen der Kantone aufzugreifen. Sie wählte dazu jedoch nicht den Weg der Standesinitiativen, sondern einer Kommissionsmotion. Dies mit dem Ziel, «dass der Bundesrat und die Verwaltung geeignete Massnahmen ergreifen». Auch der Bundesrat selbst beantragte die Annahme der Motion. Im Ständerat (4. Dezember 2019) wie auch im Nationalrat (16. September 2020) wurde die Motion einstimmig überwiesen. Seither läuft die Zwei-Jahres-Frist zur Umsetzung des Auftrags der Bundesversammlung durch den Bundesrat.

Heute, drei Jahre nach dem klaren Entscheid der SGK-S bzw. zwei Jahre nach der Überweisung an den Bundesrat, ist eine Lösung noch in weiter Ferne. Dem Vernehmen nach bemüht sich AllKidS zusammen mit den Verantwortlichen der Kinderkliniken der Universitätsspitäler Bern, Genf und Lausanne um Aufklärung und Transparenz beim BAG; die Kinderspitäler/-kliniken ringen mit dem Amt um ein gemeinsames Verständnis für pragmatische Lösungen. Im Vordergrund stehen dabei die vier massgebenden ambulanten Problemfelder, die gemäss einem Artikel von Ende Juni 2022 in der NZZ mehr als 70 Prozent des jährlich wiederkehrenden ambulanten 60-Millionen-Gesamtdefizits der sechs pädiatrischen Endversorgerspitäler in der Schweiz erklären: Seltene Krankheiten, Notfälle, ambulante Operationen und Limitationen.

Wir bitten die Regierung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie beurteilt die Regierung das schleppende Verfahren in Bern zur Lösung eines auch für das OKS drängenden Problems, das letztlich auch die Finanzen unseres Kantons betrifft,

weil er die Unterfinanzierung zusammen mit den anderen Träger-Kantonen ausgleichen muss?

2. Ist die Regierung bereit, in dieser Sache mit den Gesundheitsbehörden von ebenfalls betroffenen Kantonen zusammenzuspannen, um ein gemeinsames Vorgehen beim Eidgenössischen Departement des Innern bzw. beim zuständigen Bundesamt für Gesundheit anzustossen, um das seit Jahren bekannte Problem zielstrebig anzugehen?
3. Die spezialisierte Kinder- und Jugendmedizin ist für die Versorgung, aber auch als Ausbildungsort für den Nachwuchs der pädiatrischen Berufe von gesamtschweizerischer Bedeutung. Sieht die Regierung die Möglichkeit, das Thema Unterfinanzierung und Tarifgestaltung auch auf Ebene der Gesundheitsdirektorenkonferenz anzugehen bzw. auch von dieser Seite her auf eine zeitnahe Problemlösung hinzuwirken? »

19. September 2022

Die Mitte-EVP-Fraktion